

Aktionskomitee für die Verbesserung der Bundesfinanzen

Die Massnahmen zur Verbesserung der Bundesfinanzen

ANHANG

zu den Erläuterungen für Referenten und Presse

Verzeichnis der Beilagen zum Referentenführer

<u>Nummer</u>	
1 a-c	Bundesbeschluss zur Verbesserung des Bundeshaushaltes
2	Bundesbeschluss über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen
3 a+b	Bundesgesetz über die Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes
4	Voranschlag 1975
5	Background zum Budget 75
6	Planungszahlen 1976 - 1979
7	Zunahme wichtiger Ausgaben des Bundes 1960 - 1974
8	Steuereinnahmen in Prozenten des Brutto-sozialproduktes
9 a-e	Bundessubventionen
10	Warenumsatzsteuer-Ertragsentwicklung
11	Warenumsatzsteuersätze im Ausland
12	Auswirkung des BB vom 4.10.1974 auf die Erträge
13 a-e	Entlastungen bei der Wehrsteuer der natürlichen Personen, mit Graphiken
14 a+b	Auswirkungen des BB vom 4.10.1974 für die juristischen Personen, mit Graphik
15 a+b	Jährliche Veranlagung der juristischen Personen.
16	Grafik: Anteil der Einfuhrzölle an den gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes
17	Liste weiterer Dokumentationen

**Bundesbeschluss
zur Verbesserung des Bundeshaushaltes**

(Vom 4. Oktober 1974)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 3. April 1974¹⁾,

beschliesst:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 41^{ter} Abs. 3 und 5 Bst. c

³ Die Warenumsatzsteuer nach Absatz 1 Buchstabe *a* kann erhoben werden auf dem Umsatz von Waren, auf der Wareneinfuhr und auf gewerbmässigen Arbeiten an Fahrnis, Bauwerken und Grundstücken, unter Ausschluss der Bebauung des Bodens für die Urproduktion. Das Gesetz bezeichnet die Waren, welche von der Steuer ausgenommen sind. Die Steuer darf bei Detaillieferungen 6 Prozent, bei Engroslieferungen 9 Prozent des Entgelts nicht übersteigen.

⁵ Für die direkte Bundessteuer nach Absatz 1 Buchstabe *c* gilt:

- c.* Bei der Festsetzung der Tatife ist auf die Belastung durch die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden angemessen Rücksicht zu nehmen. Die Steuer beträgt höchstens
- 12 Prozent vom Einkommen der natürlichen Personen; die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 9700 Franken, bei verheirateten Personen bei einem solchen von 12 700 Franken,
 - 10 Prozent vom Reinertrag der juristischen Personen,
 - 0,825 Promille vom Kapital und von den Reserven der juristischen Personen.

Die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.

¹⁾ BBl 1974 I 1309

II

Artikel 8 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 8

¹ Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinne von Artikel 41^{ter} bleiben die am 31. Dezember 1974 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die Wehrsteuer und die Biersteuer in Kraft mit den nachstehenden Änderungen (Absätze 2-4).

² Mit Wirkung ab 1. April 1975 beträgt die Warenumsatzsteuer bei Detaillieferungen 6 Prozent und bei Engroslieferungen 9 Prozent des Entgelts.

³ Bei der Wehrsteuer gelten für die nach dem 31. Dezember 1974 beginnenden Steuerjahre folgende Bestimmungen:

- a. Der Höchstsatz der Steuer vom Einkommen natürlicher Personen beträgt 12 Prozent.
- b. Der Abzug bei der Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen beträgt

– für verheiratete Personen	3000 Franken,
– für Kinder und unterstützungsbedürftige Personen	1500 Franken,
– für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien zusammen	2000 Franken,
– vom Erwerbseinkommen der Ehefrau	2400 Franken.
- c. Der Zuschlag auf der Steuer vom Reinertrag der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften beträgt 4,4 Prozent
 - auf dem Teil des Reinertrages, der 4 Prozent Rendite übersteigt oder,
 - wenn Kapital und Reserven weniger als 50000 Franken betragen, auf dem Teil des Reinertrages, der 2000 Franken übersteigt.
 In allen Fällen ist die Steuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften auf 10 Prozent des gesamten Reinertrages begrenzt.

⁴ Der Bundesratsbeschluss über die Erhebung einer Wehrsteuer wird für die nach dem 31. Dezember 1976 beginnenden Steuerjahre wie folgt geändert:

- a. Die von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften geschuldeten Steuern sind jährlich auf der Grundlage des im Steuerjahr erzielten Reinertrages sowie des Kapitals und der Reserven zu Beginn des Steuerjahres zu veranlagern. Steuerjahr bildet das Geschäftsjahr. Die Steuerpflichtigen können zu vorläufigen Zahlungen während oder nach Ablauf des Steuerjahres verpflichtet werden.
- b. Die von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften geschuldeten jährlich veranlagten Steuern werden um 10 Prozent ermässigt.
- c. Für die Steuerjahre 1977 und 1978 wird die Steuer von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften vorerst nach dem am 31. Dezember 1976 geltenden Recht veranlagt und bezogen; zu Beginn des Jahres 1979 wird die Steuer für die beiden Steuerjahre gemäss den Grundsätzen des vorliegenden Ab-

satzes neu veranlagt, wobei aber nur ein allfälliger Differenzbetrag nachzahlen ist.

⁵Der Bundesrat passt die Beschlüsse über die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer den Änderungen in den Absätzen 2, 3 und 4 an. Er wird insbesondere:

- a.* bei der Warenumsatzsteuer für die Übergangszeit die Auswirkungen hinsichtlich der Überwälzung ordnen;
- b.* den Übergang zur jährlichen Veranlagung der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gemäss Absatz 4 sicherstellen und verhindern, dass einzelne Steuerpflichtige bei diesem Anlass ungerechtfertigte Vorteile erlangen oder einer Steuerbelastung unterliegen, die ihren Verhältnissen offensichtlich unangemessen ist;
- c.* die Vollstreckbarkeit von Verfügungen über vorläufige Zahlungen im Sinne von Absatz 4 Buchstabe *a* gewährleisten.

III

¹Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

²Er tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.

**Bundesbeschluss
über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen**

(Vom 4. Oktober 1974)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

beschliesst:

I

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 13

¹Neue Ausgaben, die Erhöhung bestehender Ausgaben oder Mehrausgaben im Voranschlag gegenüber dem Vorjahr bedürfen in jedem Rat der Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder, wenn dies von einer der vorberatenden Kommissionen, einer der Finanzkommissionen oder einem Viertel der Mitglieder eines Rates verlangt wird.

²Ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss regelt die Einzelheiten.

II

¹Dieser Beschluss tritt zusammen mit dem Bundesbeschluss zur Verbesserung des Bundeshaushalts in Kraft und gilt bis Ende 1979.

²Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

**Bundesgesetz
über Massnahmen zur Verbesserung des
Bundeshaushaltes**

(Vom 4. Oktober 1974)

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 42^{bis} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 3. April 1974¹⁾,

beschliesst:

Art. 1

Ziele und Mittel

¹ Zur Verbesserung des Bundeshaushaltes sind die Bundesaussgaben auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und auf die finanziellen Möglichkeiten des Bundes auszurichten.

² Zu diesem Zwecke werden die folgenden Massnahmen getroffen:

- a. Die Bundesversammlung setzt für Ausgaben mit Investitionscharakter einen für die Jahre 1975 bis 1979 geltenden finanziellen Rahmen fest.
- b. Der am 31. Dezember 1974 bewilligte Personalbestand des Bundes wird in den Jahren 1975 bis 1977 nicht und in den Jahren 1978 und 1979 von der Bundesversammlung höchstens um je $\frac{1}{2}$ Prozent dieses Bestandes erhöht;
- c. Der Bundesrat kann bereits bewilligte Projektierungs-, Bau- oder Beschaffungsvorhaben des Bundes vereinfachen, einschränken oder hinausschieben.
- d. Der Bundesrat legt der Bundesversammlung mit dem Budget für das Jahr 1975 den kurzfristigen Finanzplan für die Jahre 1976 und 1977 sowie die Schätzungen der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1978 und 1979 mit einer Dringlichkeitsordnung gemäss Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt vom 18. Dezember 1968 zur Kenntnisnahme vor.

¹⁾ BBl 1974 I 1309

2

e. Der Bundesrat schafft die Voraussetzungen für die Koordination der Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1975–1979 mit der mittelfristigen Finanzplanung.

f. Der Bundesrat sorgt für die Koordination der Finanzplanung des Bundes mit derjenigen der Kantone und Gemeinden gemäss Artikel 30 Absatz 1 des Finanzhaushaltgesetzes.

³ Bundeseigene Vorhaben und neue Zusicherungen von Bundesbeiträgen sind auf den nach Absatz 2 Buchstaben a und d festgesetzten Rahmen auszurichten.

⁴ Dieser Artikel findet auf den Finanzhaushalt der Schweizerischen Bundesbahnen und der PTT-Betriebe sinngemäss Anwendung. Die Generaldirektionen können die Personaleinschränkungen ausnahmsweise und nur für die Betriebsdienste lockern, sofern es die Verhältnisse zwingend erfordern.

Art. 2

Erstreckung von Fristen und Reduktion von Beiträgen

Die Bundesversammlung kann für die Dauer der Jahre 1975–1979 gesetzliche Fristen erstrecken und Bundesbeiträge für neue Vorhaben und neue Verpflichtungen reduzieren, soweit dies zur Einhaltung der bewilligten Kredite erforderlich ist. Dabei ist auf die unterschiedliche Entwicklung der Landesgegenden und auf sozial schwache Gruppen angemessen Rücksicht zu nehmen.

Art. 3

Krisenverhütung

Der Bundesrat trifft im Rahmen der Ausgabenplanung die nötigen Vorbereitungen für den Fall einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Art. 4

Gebühren

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Erhebung von angemessenen Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen der Bundesverwaltung.

Art. 5

Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Es tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.

Die Gesamtergebnisse des Voranschlags 1975

	Rechnung 1973	Voran- schlag 1974	Voran- schlag 1975	Differenz gegenüber		
				R	1973 V	1974
in Millionen Franken						
<u>Finanzvoranschlag</u>						
Ausgaben	11 625	12 862	14 727	+ 3 102	+ 1 865	
Einnahmen	10 846	12 656	14 133	+ 3 287	+ 1 477	
Ausgabenüberschuss	779	206	594	- 185	+ 388	
<u>Vermögensveränderungen</u>						
Aufwand	994	1 018	1 444	+ 450	+ 426	
Ertrag	1 900	1 647	1 195	- 705	- 452	
Ertragsüberschuss	906	629	--	--	--	
Aufwandüberschuss	--	--	249	- 1 155	+ 878	
<u>Gesamtvoranschlag</u>						
Reinertrag	127	423	--	--	--	
Reinaufwand	--	--	843	+ 970	+ 1 266	

Bei 14 133 Millionen Einnahmen und 14 727 Millionen Ausgaben weist der Finanzvoranschlag, wie die folgende Uebersicht zeigt, einen Ausgabenüberschuss von 594 Millionen Fr. auf.

Während seit 1961 der Voranschlag bzw. die Rechnung der Vermögensveränderungen regelmässig, mit zum Teil sogar grösseren Ertragsüberschüssen abschloss und damit das Ergebnis des Gesamtvoranschlages bzw. der Gesamtrechnung günstig beeinflusste, tritt mit dem Jahre 1975 nun auch beim Voranschlag der Vermögensveränderungen eine Wende ein. Gegenüber einem Ertragsüberschuss von 629 Millionen im Voranschlag 1974 weist derjenige für das Jahr 1975 einen Aufwandüberschuss von 289 Millionen auf, was somit eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um gegen 900 Millionen bedeutet. Erstmals seit 1953 wird sich damit in der Gesamtrechnung wieder ein Reinaufwand einstellen, der auf 843 Millionen veranschlagt ist. Entsprechend erhöht sich der Fehlbetrag der Bilanz.

Entwicklung der Zahlen bei der Budgetierung:

		(Mio, in runden Zahlen)		
		<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmen</u>	<u>Defizit</u>
-	Eingaben der Departemente	<u>15'200</u>	<u>12'900</u>	<u>2'300</u>
-	Ergebnis			
	Kürzungsstufe I (= verwaltungsmässige Bereinigung)			
	Verbesserungen 670			
	Verschlechterungen * <u>180</u>	14'700	12'900	1'800
	Kürzungsstufe II (= Entscheide Bundesrat)			
	Nettoverbesserung 490			
-	Mehreinnahmen Massnahmenpaket (685)	14'700	13'600	1'100
-	Mehreinnahmen Benzin/Heizöl (570)	<u>14'700</u>	<u>14'100</u>	<u>600</u>
<hr/>				
	Total ursprüngliches Defizit			2'300
	Ausgabenkürzungen (netto)	500		
	Einnahmenerhöhung		1'200	
	Reduktion Defizit			1'700
	<u>Verbleibendes Defizit</u>			600

* Anpassungen von Zahlen auf neuesten, dem wirklichen Zahlungsbedarf entsprechenden Stand (Gebot der wirklichkeitsgetreuen Budgetierung)

Wo wurde gekürzt?

	<u>VA 74:</u>	<u>VA 75:</u>	<u>VA 75:</u>	Kürzung	- Zunahme		
		<u>Eingabe</u>	<u>Bereinigte</u>	<u>Erhöhung</u>	<u>+ gegenüber</u>		
			<u>Zahlen</u>	<u>unverändert</u>	<u>o</u>	%	Mio
	in Mio						
Beziehungen zum Ausland	491	596	596	o	21,4	+	105
Landesverteidigung	2'650	2'999	2'946	-	11,2	+	296
Unterricht + Forschung	1'340	1'613	1'536	-	14,6	+	196
Umweltschutz	159	262	262	o	64,8	+	103
Soziale Wohlfahrt	2'675	3'229	3'270	+	22,2	+	595
Verkehr	1'948	2'359	2'128	-	9,2	+	180
Landwirtschaft	1'261	1'450	1'379	-	9,4	+	118

(In Budgetvereinbarung mit Kantonen angestrebtes Ausgabenwachstum 12,0 %)

Berücksichtigung der Vereinbarung mit den
Kantonen über gemeinsame Budgetrichtlinien

- Bund hält ein: Ausgabenüberschuss nicht grösser als Rechnung 1973 (zulässig wären 780 Mio)
- Bund ist strenger als Richtlinien: - Personal: kein Zuwachs (zulässig wäre 1/2 %)
- Investitionen: real weniger als Vorjahr (zulässig wäre real gleichviel wie 1974)
- Bund kann nicht einhalten: Ausgabenwachstum 12 % (Bund 14,5 %) Um auf 12 % zu kommen, müssten weitere Ausgaben von 320 Mio gekürzt werden.

Die Vereinbarung sieht vor, dass aus zwingenden Gründen Abweichungen von einzelnen dieser Punkte zulässig seien. Das trifft beim Bund hinsichtlich des Ausgabenwachstums für 1975 zu, weil in diesem Jahr eine Reihe besonderer Massnahmen zusammentreffen. Allein die Mehraufwendungen des Bundes für die AHV und die IV betragen 400 Mio und bewirken ein sprunghaftes Ansteigen, das nicht anderswo kompensiert werden konnte.

Beurteilung der Elastizität

(theoretische Kürzungsmöglichkeiten im Budget)

Aufgrund einer Beurteilung nach Sachgruppen ergibt sich, dass

- 8'900 Mio oder 60 % der Ausgaben als absolut gebundene Ausgaben zu betrachten sind (keine Steuerungsmöglichkeiten)

Beispiele: - Personalausgaben (keine Stellenvermehrungen)
- die meisten Aufwendungen für die soziale Wohlf.
- Landwirtschaftliche Einkommenspolitik
- Kapitalkosten
- Kantonsanteile
- Vertragliche Verpflichtungen

- 2'700 Mio oder 17 % der Ausgaben haben eine geringe Elastizität (schätzungsweise: 5 %)
- 3'600 Mio oder 23 % der Ausgaben haben eine grössere Elastizität (schätzungsweise: 10 %)

Beispiele für Ausgaben mit Elastizität:

- Investitionen im bundeseigenen und im Bereiche der sog. Transferausgaben (z.B. Subventionen, Gemeinschaftswerke)
- Steuerbare Sachausgaben (Auslagenersatz, Kommissionen und Sachverständige, Betriebsinventar etc.).

Das maximale theoretische Kürzungsvolumen betrug demnach 495 Mio.

Effektiv gekürzt wurden 490 Mio, was zeigt, dass der Bundesrat an die Grenze des Möglichen gegangen ist.

Ohne die beantragten Mehreinnahmen ist das ausgearbeitete Budget nicht realisierbar.

Obschon ein Ausgabenüberschuss von nahezu 600 Millionen aus konjunkturpolitischen Gründen höchst unbefriedigend ist, lassen sich ohne schwerwiegende Eingriffe auf der Ausgabenseite keine ins Gewicht fallenden Verbesserungen mehr erreichen. Der Bund ist deshalb auf die verlangten neuen Einnahmen dringend angewiesen. Ohne sie wäre die Aufgabenerfüllung in vielen Bereichen in Frage gestellt und der Bund nicht mehr in der Lage, alle Verpflichtungen einzuhalten.

Eine Verwerfung der von der Bundesversammlung soeben gutgeheissenen Steuererhöhungen im Ausmass von 685 Millionen im Jahre 1975 würde den Bundesrat zwingen, unverzüglich ein Notprogramm vorzulegen. Es wäre dabei kaum möglich, den Ausgleich einfach durch weitere Ausgabenkürzungen herbeizuführen. Würde dies doch bedeuten:

- keine neuen Verpflichtungen (Stop aller neuen Vorhaben)
- Rückgängigmachung bestehender Verpflichtungen oder mindestens Aufschub von deren Einlösung
- weitere drastische Kürzungen bei den Baukrediten, verbunden mit der Einstellung begonnener Werke und Arbeiten
- Entlastung von gesetzlichen Verpflichtungen mit Hilfe von Dringlichkeitserlassen (Kürzung oder Streichung von Subventionen, Herabsetzung der Leistungen des Bundes an die AHV unter gleichzeitiger Erhöhung der sogenannten Lohnprozente).

Eine noch kritischere Lage ergäbe sich, wenn die verlangten Zollerhöhungen mit einem für 1975 erwarteten Mehrertrag von 570 Millionen nach Ergreifung eines Referendums vom Volk abgelehnt werden sollten.

Planungszahlen 1976 - 1979

1. In der Botschaft vom 3. April 1974 über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt ist aufgrund der damals verfügbaren Unterlagen darauf hingewiesen worden, dass im Zeitraum 1976 bis 1979 mit steigenden Defiziten in der Grössenordnung von 1900 bis nahezu 3800 Millionen gerechnet werden müsse.

Aus den publizierten Zahlen ergab sich ferner, dass selbst bei Gutheissung der beantragten Mehreinnahmen immer noch namhafte Defizite verblieben.

2. In der Zwischenzeit haben sich die Zahlen, wie aus unseren Schätzungen hervorgeht, weiter verschlechtert, indem einerseits die Ausgabenkurve - hauptsächlich infolge der Teuerung - noch steiler verlaufen wird und andererseits mit geringeren Einnahmen zu rechnen ist. Die in der Botschaft vom 3. April geäusserte Befürchtung, die bisherigen Einnahmenschätzungen könnten sich als zu optimistisch erweisen, hat sich leider bewahrheitet.
3. Nach den Unterlagen, die aufgrund der neuesten Eingaben der Departemente zur Zeit zuhanden des Bundesrates überarbeitet werden, ist für die Jahre 1976 bis 1979 mit folgender Entwicklung zu rechnen:

	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1979</u>
	(in Millionen Franken)			
3.1 ohne neue <u>Einnahmen</u>				
- Ausgaben	16'649	17'626	19'880	21'010
- Einnahmen	<u>14'175</u>	<u>14'725</u>	<u>16'155</u>	<u>16'790</u>
- Defizit (auf Zehner gerundet)	<u>- 2'470</u>	<u>- 2'900</u>	<u>- 3'730</u>	<u>- 4'220</u>
3.2 mit neuen <u>Einnahmen</u>	(Zahlen in Klammern = Mehrertrag)			
	(+ 1'600)	(+ 1'720)	(+ 1'860)	(+ 1'990)
- nur <u>WUST</u> + Dir. Bundessteuer (Abstimmung 8. Dez.)	- 870	- 1'180	- 1'870	- 2'230
	(+ 610)	(+ 630)	(+ 670)	(+ 700)
- nur Zollerhöhungen	- 1'860	- 2'270	- 3'060	- 3'520
- Steuer- und Zollerhöhungen z u s a m m e n	(+ 2'210)	(+ 2'350)	(+ 2'530)	(+ 2'690)
Defizit	<u>- 260</u>	<u>- 550</u>	<u>- 1'200</u>	<u>- 1'530</u>

Zunahme wichtiger Ausgaben des Bundes 1960 - 1974(Budget)

	<u>1960</u>	<u>1974(B)</u>	<u>Zunahme</u>	<u>(%)</u>
	(in Millionen Franken)			
<u>Gesamtausgaben</u>	<u>2 601</u>	<u>12 862</u>	<u>+ 10 261</u>	
davon Kantonsanteile	170	891	+ 721	
- ohne Kantonsanteile	<u>2 431</u>	<u>11 971</u>	<u>+ 9 540</u>	
davon:				
- <u>Sozialversicherung</u>	<u>172</u>	<u>2 320</u>	<u>+ 2 148</u>	<u>(+ 1 249)</u>
- AHV	106	1 020		
- EL zu AHV	-	<u>156</u>	<u>+ 1 070</u>	<u>(+ 1 009)</u>
- IV	-	<u>457</u>		
- EL zu IV	-	<u>37</u>	<u>+ 494</u>	<u>(.)</u>
- Ausbau KUVG	66	650	+ 584	(+ 885)
- <u>Unterricht und Forschung</u> (Bildungspolitik)	<u>87</u>	<u>803</u>	<u>+ 716</u>	<u>(+ 823)</u>
- Nationalfonds	40	100	+ 60	(+ 150)
- ETH Zürich *)	20	165		
- ETH Lausanne	-	<u>54</u>	<u>+ 199</u>	<u>(+ 995)</u>
- Hochschulförderung	-	<u>240</u>	<u>+ 240</u>	<u>(.)</u>
- Berufliches Bildungswesen	27	244	+ 217	(+ 804)
- <u>Nationalstrassen</u>	<u>-</u>	<u>944</u>	<u>+ 944</u>	<u>(.)</u>
- <u>Verkehrssubventionen</u>	<u>140</u>	<u>879</u>	<u>+ 739</u>	<u>(+ 528)</u>
- Strassen	86	306	+ 220	(+ 256)
- Eisenbahnen	31	489	+ 458	(+ 1 477)
- Uebriges	23	84	+ 61	(+ 265)
- <u>Internationale Hilfswerke und Institutionen</u>	<u>22</u>	<u>246</u>	<u>+ 224</u>	<u>(+ 1 018)</u>
- davon Entwicklungshilfe	(5)	(95)	(+ 90)	(+ 1 800)
- <u>Zivilschutz</u>	<u>4</u>	<u>136</u>	<u>+ 132</u>	<u>(+ 3 300)</u>
- <u>Landwirtschaft</u>	<u>295</u>	<u>1 147</u>	<u>+ 852</u>	<u>(+ 289)</u>
davon				
-Tierhaltung	(30)	(198)	(+ 168)	(+ 560)
-Verwertung Milchprodukte	(122)	(491)	(+ 369)	(+ 302)
-Bodenverbesserungen	(20)	(111)	(+ 91)	(+ 455)
- <u>Gewässerschutz</u>	<u>8</u>	<u>176</u>	<u>+ 168</u>	<u>(+ 2 100)</u>
- <u>Militärausgaben</u> (EMD)	<u>924</u>	<u>2 443</u>	<u>+ 1 519</u>	<u>(+ 164)</u>

*) ohne Annexanstalten und Anteile an den für die gesamte Bundesverwaltung bei andern Abteilungen zentral verbuchten Ausgaben, wie Bauten, Büromaschinen und -material etc.

Steuereinnahmen in Prozenten des
Bruttosozialproduktes 1972

(Nach neuesten Erhebungen der OECD)

Einschliesslich Beiträge an die
öffentlichen Sozialversicherungen

Niederlande	42,5 %
Oesterreich	36,9 %
BRD	35,9 %
Frankreich	35,8 %
Belgien,	35,2 %
USA	27,6 %
<u>Schweiz</u>	<u>24,1</u> %
Japan	21,1 %

Bundesbeiträge nach Verwendungszwecken 1968 bis 1972

In Tausend Franken

1	Verwendungszweck	1968	1969	1970	1971	1972
	TOTAL	1 828 606	1 870 100	1 944 398	2 356 215	2 784 838
	VERKEHR	322 797	309 099	345 297	513 756	623 919
	Strassenverkehr	214 541	197 698	227 206	262 154	312 972
	Allgemeine Strassenbeiträge und Finanzausgleichsbeiträge	129 115	140 302	151 661	166 639	195 243
	Hauptstrassen	74 815	42 572	61 169	80 000	90 000
	Alpenstrassen	1 146	899	1 354	—	4 854
	Internationale Alpenstrassen	1 590	1 590	1 590	1 590	1 590
	Niveauübergänge	4 553	8 926	8 000	10 000	13 000
	Armeetaugliche Motorfahrzeuge	2 771	3 000	3 000	3 000	7 500
	Verschiedenes	551	409	432	925	785
	Eisenbahnverkehr	97 769	102 561	99 582	212 912	259 253
	Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der SBB	—	—	—	100 000	100 000
	Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Privatbahnen und Schiffs- unternehmungen	11 609	11 700	12 819	13 200	14 258
	Aufrechterhaltung des Betriebes	22 488	26 191	23 370	27 000	53 000
	Technische Verbesserungen	19 086	20 000	14 997	24 000	35 000
	Umstellung des Betriebes	876	1 261	1 070	712	630
	Tarifannäherung konzessionierter Unternehmungen an SBB-Tarif	40 562	41 370	47 000	48 000	53 000
	Furka-Basistunnel	—	—	—	—	3 000
	Verschiedenes	3 148	2 039	326	—	365
	Luftverkehr	10 487	8 840	18 509	38 690	51 694
	Ausbau der Flugplätze	9 014	7 697	17 220	37 328	50 000
	Flugsicherungsdienst Nordatlantik	1 243	1 141	1 263	1 305	1 394
	Verschiedenes	230	2	26	57	300
	INDUSTRIE, GEWERBE, HANDEL	13 807	12 378	18 335	19 366	33 468
	Industrie	3 792	2 523	3 371	4 978	18 969
	Exportrisikogarantie	1 774	467	1 400	3 060	17 031
	Mahllohnenausgleichsbeiträge an die Müllereien	1 900	1 839	1 851	1 770	1 723
	Verschiedenes	118	217	120	148	215
	Gewerbe	8 515	8 355	13 364	10 432	10 480
	Schweizerische Verkehrszentrale, Fremdenverkehrsverband	8 030	8 030	13 018	10 030	10 030
	Hilfseinrichtungen für das Gewerbe	485	325	346	402	450
	Handel	1 500	1 500	1 600	3 956	4 019
	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung	1 500	1 500	1 500	3 856	3 875
	Verschiedenes	—	—	100	100	144

April 1974

Bundesbeiträge nach Verwendungszwecken 1968 bis 1972 (Fortsetzung)

In Tausend Franken

Verwendungszweck	1968	1969	1970	1971	1972
LANDWIRTSCHAFT	783 663	744 689	699 405	796 333	887 238
Getreideversorgung	96 598	119 246	95 574	122 598	140 684
Überpreis auf Inlandgetreide	85 837	108 436	85 777	112 997	130 331
Mahl- und Hangprämien und Ausfallentschädigung	9 566	9 889	8 777	8 377	8 868
Verbesserung und Verbilligung des Saatgutes	1 195	921	1 020	1 224	1 485
Pflanzen- und Weinbau	66 545	79 053	102 621	109 647	112 317
Futtergetreidebau (Anbauprämien)	21 707	35 300	44 735	48 000	54 659
Pflanzenbau	909	899	946	930	1 091
Verwertung der Rapserte	10 000	10 000	12 500	14 653	15 500
Verarbeitung von Zuckerrüben	20 000	20 000	20 000	13 787	7 379
Produktionsförderung (Rebbau)	3 191	1 097	4 618	4 972	6 047
Absatzförderung (alkoholfreie Traubenverwertung, andere Massnahmen)	2 599	2 817	1 476	1 704	1 141
Absatz von Walliseraprikosen	1 942	2 251	1 878	4 700	4 178
Absatzförderung des Inlandtabaks	1 100	1 100	10 000	14 426	16 176
Maschinenbeschaffung in Berggebieten	4 000	4 000	5 000	5 000	5 000
Verschiedenes	1 097	1 589	1 468	1 475	1 146
Tierhaltung	102 710	109 565	123 167	173 864	161 454
Pferdezucht	1 589	1 474	1 495	1 553	1 713
Zuchtprämien für Pferde	48	45	6 000	6 000	6 000
Rindviehzucht	21 315	21 510	22 968	22 180	22 003
Kostenbeiträge an Rindviehhalter in Berggebieten	43 562	42 634	42 306	84 999	85 246
Kostenbeiträge an Kälbermäster ausserhalb des Berggebietes	—	—	—	—	3 020
Aktionen zur Ausmerzung von Milchkuhen	8 614	13 840	14 886	25 019	7 850
Förderung des Viehabsatzes	18 591	19 630	24 997	24 102	22 902
Kleinvieh- und Geflügelzucht	1 271	1 377	1 477	1 616	2 062
Verwertung der Schafwolle	900	790	900	1 400	1 400
Seuchenbekämpfung	3 401	5 283	5 032	3 750	5 400
Milchwirtschaftlicher Kontroll- und Beratungsdienst	706	804	910	925	1 328
Viehversicherung	2 155	1 622	1 624	1 773	1 653
Verschiedenes	558	556	572	547	877
Verwertung von Milch- und anderen landwirtschaftlichen Produkten	398 982	308 566	244 912	243 156	319 356
Butterverwertung	222 752	154 820	115 821	114 516	147 752
Käseverwertung	150 810	119 630	96 599	89 606	126 751
Verwertung von Dauermilchwaren	18 412	25 369	21 560	25 785	33 483
Zuschüsse an die Kosten für Aushilfsmilch	2 025	2 200	3 075	5 780	3 956
Bekämpfung von Pestizidrückständen auf dem Milchsektor	—	1 033	723	542	384
Zuschüsse für Inlandeier	4 960	5 500	7 100	6 900	7 000
Verschiedenes	23	14	34	27	30
Bodenverbesserungen, Bau- und Siedlungswesen	75 975	86 760	82 497	90 575	102 355
Bodenverbesserungen	52 000	56 500	57 000	67 000	74 000
Hochbauten	23 000	29 500	25 000	23 000	28 000
Verschiedenes	975	760	497	575	355
Übrige Beiträge an die Landwirtschaft	42 853	41 500	50 634	56 493	51 072
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	8 732	9 293	9 413	9 711	8 947
Familienzulagen an Kleinbauern	33 576	31 664	40 660	46 190	41 509
Investitionskredite	169	184	187	200	200
Betriebswirtschaftlich-statistische Erhebungen des Schweizerischen Bauernsekretariates	351	329	343	373	398
Verschiedenes	25	30	31	19	18
FORSTWIRTSCHAFT	27 954	27 239	31 703	44 595	42 080
Aufforstungen und Verbauungen	9 500	13 000	16 000	20 000	20 000
Abfuhrwege und Einrichtungen für den Holztransport	8 200	9 300	10 000	17 500	15 500
Parzellarzusammenlegung von Privatwaldungen	3 700	4 000	5 000	6 400	6 000
Wiederherstellung der vom Rindenkrebs befallenen Kastanienwälder	884	771	605	543	477
Exportzuschüsse auf Windfallholz	5 403	—	—	—	—
Verschiedenes	267	168	98	152	103
TIERSCHUTZ UND FISCHEREI	846	1 002	1 310	1 453	1 770
Wildhut in den Jagdbannbezirken	500	630	621	648	720
Wiederbevölkerung öffentlicher Fischgewässer	303	329	649	650	750
Verschiedenes	43	43	40	155	300

Bundesbeiträge nach Verwendungszwecken 1968 bis 1972 (Fortsetzung)

In Tausend Franken

Verwendungszweck	1968	1969	1970	1971	1972
GEWÄSSERKORREKTIONEN, GEWÄSSERSCHUTZ	35 821	46 661	56 473	83 856	79 015
Gewässerkorrekturen	12 131	12 461	12 273	17 015	15 015
Internationale Rheinregulierung Illmündung-Bodensee	690	1 200	1 200	841	1 000
Juragewässerkorrektion	8 000	8 000	8 000	4 000	3 000
Anlagen zum Schutze der Gewässer gegen Verunreinigung	15 000	25 000	35 000	62 000	60 000
SOZIALPOLITIK, GEMEINNUTZIGKEIT, GESUNDHEITSPFLEGE	379 277	424 370	463 937	534 131	633 863
Arbeitsmarkt	1 565	1 324	1 700	1 887	2 257
Heimarbeitsbeschaffung	146	153	154	170	190
Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung	639	422	276	200	172
Landes-, Regional- und Ortsplanungen	780	749	1 270	1 517	1 895
Wohnungsbau	8 725	9 961	11 044	13 640	17 113
Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	2 866	2 975	2 273	3 498	5 500
Förderung des Wohnungsbaues (BG vom 19.3.1965)	4 634	4 573	4 653	4 434	4 028
Beiträge an Forschungsarbeiten zur Erhöhung der Produktivität im Wohnungsbau	692	1 849	3 590	5 038	6 394
Förderung des sozialen Wohnungsbaues	533	564	528	670	1 191
Zivilschutz	76 037	80 522	88 800	97 204	128 056
Zivilschutzbauten	73 980	76 730	84 474	90 000	119 988
Beiträge an örtliche und betriebliche Zivilschutzorganisationen	900	2 500	2 500	5 000	6 000
Lagerung von Zivilschutzmaterial	720	900	1 149	1 195	1 200
Beiträge an Materialbeschaffungen, neue Alarm- und Übermittlungseinrichtungen	—	—	—	795	681
Verschiedenes	437	392	677	214	187
Fürsorge	6 377	5 948	5 825	5 606	5 776
Auslandschweizerhilfe	4 378	4 109	3 952	3 716	3 734
Familien-, Alters- und Jugendfürsorge	120	40	40	40	40
Hilfe bei nichtversicherten Elementarschäden	1 764	1 675	1 704	1 732	1 872
Verschiedenes	115	124	129	118	130
Gesundheitspflege	286 408	326 450	356 404	415 633	480 496
Tuberkulosebekämpfung	5 798	6 617	6 130	7 129	6 758
Krebsbekämpfung	250	250	250	250	250
Bekämpfung rheumatischer Krankheiten	1 640	3 247	4 020	4 392	4 000
Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	515	487	754	554	402
Krankenversicherung (Krankenkassen)	277 235	314 649	343 565	401 473	466 726
Beiträge an die Lebensmittelkontrolle	741	975	1 268	1 428	1 952
Verschiedenes	229	225	417	407	408
Übrige Beiträge	165	164	164	161	165
Beiträge an die Transportkosten für Mehl in Berggebieten	165	164	164	161	165
KULTUR, BILDENDE KUNST	14 597	17 002	19 856	22 644	25 437
Kulturwahrung und Kulturwerbung	3 723	4 350	5 072	5 448	6 079
Stiftung « Pro Helvetia »	3 500	4 000	4 000	5 000	5 500
Förderung schweizerischen Kulturschaffens	68	75	62	163	284
Schweizerhaus Cité universitaire, Paris	50	50	815	90	100
Verschiedenes	105	225	195	195	195
Sprachforschung und Volkskunde	955	1 018	1 015	1 004	1 035
Sprachforschung und Sprachförderung	560	543	540	529	560
Wahrung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Eigenart (Tessin und Graubünden)	395	475	475	475	475
Bibliotheken und Verbreitung guter Schriften	337	337	897	927	805
Schweizerische Volksbibliothek	200	200	750	750	500
Verschiedenes	137	137	147	177	305
Literatur, Musik, Filmwesen, Radio	1 214	1 234	4 230	5 018	6 046
Förderung des Filmwesens	814	834	1 380	1 330	1 497
Stiftung « Schweizer Filmwochenschau »	400	400	550	550	550
Ausbau und Finanzierung des Programmes vom Kurzwellendienst	—	—	2 300	3 138	3 999
Historische Kunstdenkmäler, Natur- und Heimatschutz, Museen	7 638	9 364	7 692	9 303	10 289
Denkmalpflege	6 663	5 699	6 179	7 144	7 573
Förderung des Natur- und Heimatschutzes	970	1 500	1 500	2 000	2 616
Verkehrshaus der Schweiz (Bau der Halle Luft- und Raumfahrt)	—	2 000	—	—	—
Verschiedenes	5	165	13	159	100

Bundesbeiträge nach Verwendungszwecken 1968 bis 1972 (Schluss)

In Tausend Franken

Verwendungszweck	1968	1969	1970	1971	1972
Förderung der bildenden und angewandten Künste	705	649	750	854	944
Bildende Kunst	450	450	550	599	700
Angewandte Kunst	255	199	200	255	244
Übrige Beiträge für kulturelle Zwecke	25	50	200	90	239
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	128 276	157 079	149 639	160 868	234 200
Hochschulförderung (Grundbeiträge)	65 300	91 689	60 000	70 000	95 000
Hochschulförderung (Sachinvestitionsbeiträge)			15 612	11 128	44 999
Stipendien an Studierende der ETH	285	250	225	225	605
Stiftung « Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung »	55 000	60 000	70 000	75 000	88 000
Schweizerische Naturforschende Gesellschaft	790	840	842	1 123	1 230
Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft	309	360	360	450	550
Forschungs- und Versuchsbeiträge zum Schutze der Gewässer gegen Verunreinigung	129	470	600	655	1 041
Förderung der angewandten Forschung	2 499	1 856	1 683	2 237	2 300
Atomforschung (Versuchs-Leistungsreaktoren, Uranforschung)	3 900	1 546	250	—	—
Verschiedenes	64	68	67	50	475
UNTERRICHT UND BERUFLICHES BILDUNGSWESEN	106 017	114 347	126 585	146 299	182 898
Primarschulsubvention an die Kantone	4 766	4 766	4 766	4 766	4 766
Schweizerschulen im Ausland	5 376	6 804	5 804	7 540	8 423
Berufliches Bildungswesen	65 067	67 989	76 256	83 019	97 270
Schule für soziale Arbeit	256	302	315	760	1 145
Krankenpflegeschulen	1 001	1 021	1 200	1 243	1 240
Neu- und Erweiterungsbauten für berufliche Ausbildung	6 995	8 936	11 307	15 147	26 000
Landwirtschaftliches Bildungs- und Versuchswesen	10 219	10 605	11 342	12 992	14 753
Neu- und Erweiterungsbauten für die landwirtschaftliche Ausbildung	1 184	1 234	766	1 608	2 077
Beiträge an die Stipendiaufwendungen der Kantone	10 938	12 505	14 570	18 982	26 956
Verschiedenes	215	185	259	242	268
AUSSERDIENSTLICHE AUSBILDUNG, TURN- UND SPORTWESEN	4 351	4 963	5 004	5 242	6 445
Verbilligung der Kaufmunition	2 832	3 390	3 184	3 297	4 287
Militärische Vereine	389	419	543	545	602
Turn- und Sportverbände, Sportvereine	979	989	1 108	1 219	1 347
Verschiedenes	151	165	169	181	209
RECHTSPFLEGE UND POLITIK	11 200	11 271	26 854	27 672	34 505
Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten	11 050	10 990	21 584	22 280	28 988
Beteiligung des Bundes an den Kosten des Kantons Genf für internationale Organisationen	—	—	5 000	5 000	5 000
Verschiedenes	150	281	270	392	517

Die relativen Anteile der einzelnen Sachgruppen am Total der Bundesbeiträge können der vorstehenden Tabelle entnommen werden. Von kurzfristigen Schwankungen und Sondereinflüssen abgesehen, zeichnet sich ein relativ stabiles Bild ab mit Ausnahme von zwei Gruppen: Die Subventionierung des Verkehrssektors scheint laufend gewichtiger zu werden, während die agrarpolitisch bedingten Beiträge an Bedeutung verlieren. Der absolute Betrag der Übertragungen wächst allerdings nach wie vor an.

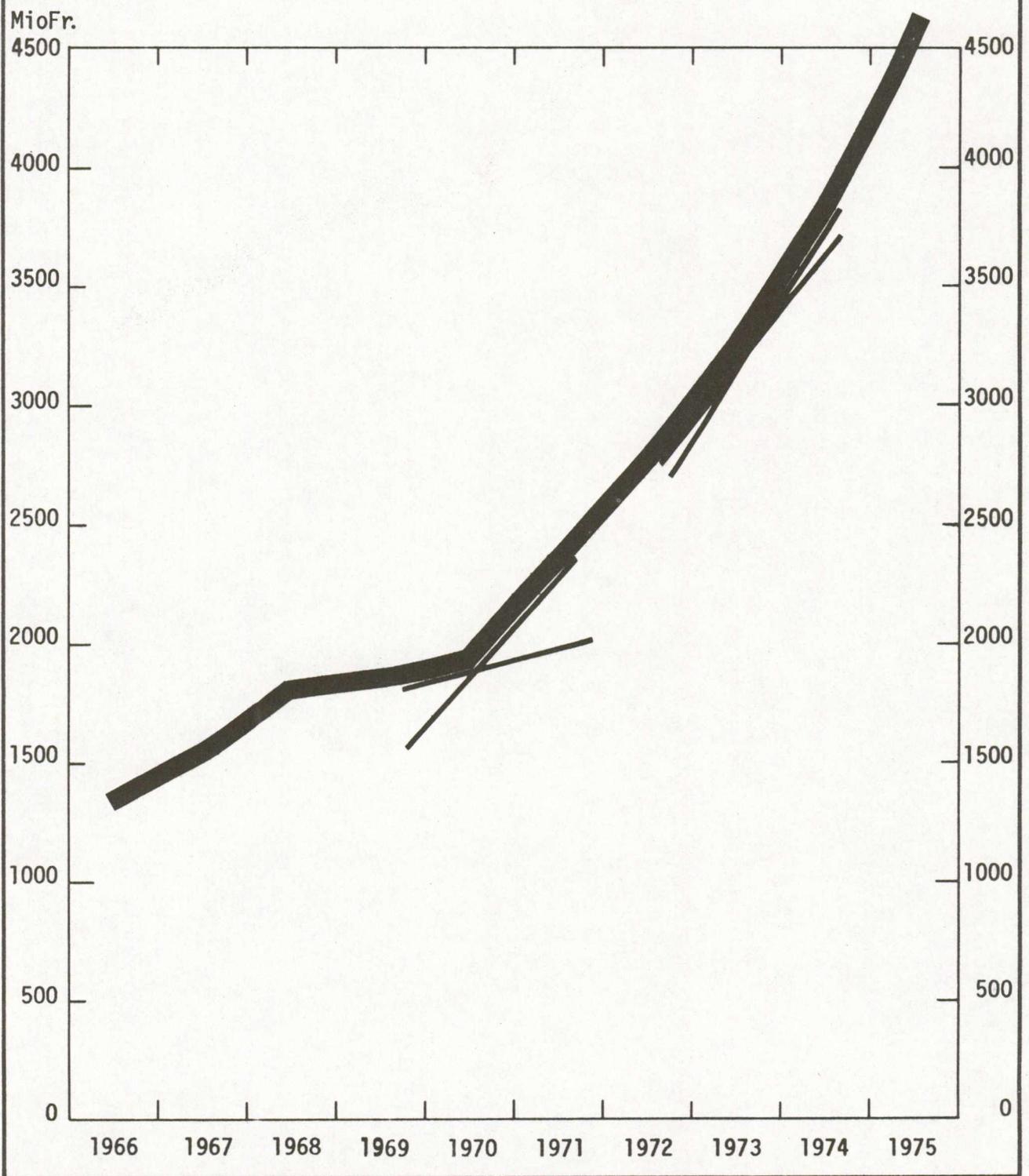
Mit den zweckbestimmten Einnahmen (siehe Tabelle 2) konnten im Jahre 1972 rund 23% der ausbezahlten Bundesbeiträge gedeckt werden. Die vereinnahmten « Abgaben und Preiszuschläge », welche für die Verwertung von Milchprodukten verwendet werden, fielen im Jahre 1972 um 26% geringer aus, da die Einfuhr und damit die Abgaben auf Importbutter von 35 Mio Franken im Jahre 1971 auf 10 Mio Franken im Jahre 1972 zurückgingen. Der « Rückbehaltssystem » der Milchproduzenten wurde 1971 letztmals für Ausmerkaktionen von Milchkühen zur Milchmarktentlastung verwendet (19,1

Mio Fr.). 1972 wurde hierfür ein Betrag von 7,3 Mio Franken der « Rückstellung für Ackerbau und Absatzförderung » entnommen, die aus Preiszuschlägen auf Futtermitteln sowie Ersatzabgaben gebildet wird.

Aus Tabelle 3 geht hervor, dass die Eidg. Alkoholverwaltung als Regiebetrieb des Bundes entsprechend der Menge und Qualität der Ernten bedeutende Mittel für die Förderung der brennlosen Kartoffel- und Obstverwertung einsetzt, dies vor allem im Interesse der Volksgesundheit. Die Sicherung und brennlose Verwertung von Brennrohstoffen sowie die Aufklärung und Werbung bilden neben der fiskalischen Verteuerung des Branntweins das wichtigste Mittel zur Eindämmung der Produktion und des Verbrauchs gebrannter Wasser.

Vom Gesamtaufwand im Jahre 1972 entfielen auf die Kartoffelverwertung 63,4% (Anteil der Überschussverwertung 48,4%) und auf die Obstverwertung 36,6% (Anteil der Verwertung von Obstkonzentrat und Kernobst 22,1%).

ENTWICKLUNG DER BUNDESBEITRÄGE 1966-1975



Schätzung der finanziellen Auswirkungen der im Rahmen der Finanzordnung
1971 - 1982 bisher vorgenommenen Änderungen der Warenumsatzsteuer

Jahr	Massnahmen	Geschätzter Mehrertrag ¹⁾	Budgetierter Gesamtertrag	Rechnungs- ergebnis
in Millionen Franken				
1971	Sätze von 3,6% und 5,4%.....	-	1 830	1 945
1972	Satzerhöhung auf 4% und 6% sowie Neuordnung im Baugewerbe.....	260	2 450	2 482
1973		410	3 050	2 870
1974	+ Satzerhöhung auf 4,4% und 6,6%	450 + 235	3 385	.
1975		480 + 340	3 775	.

- 1) Bei der Warenumsatzsteuer ist zu berücksichtigen, dass Mehreinnahmen regelmässig erst ein Vierteljahr nach Inkraftsetzen einer Erhöhung zu fliessen beginnen. Diese Mehrerträge stehen weit hinter den Einbussen an Zollerträgen zurück, die der Bund zufolge der Gewichtsbestimmung der Zölle und der bisherigen Zollreduktionen in Kauf nehmen musste (ohne die neu entstehenden Ausfälle infolge des Freihandelsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften).

Umsatzsteuer-Sätze in anderen europäischen Staaten
Stand: 1. Oktober 1974

<u>Staat</u>	<u>Normalsatz</u>	<u>übrige Steuersätze</u>		
	<u>in % des Entgelts excl. Steuer</u>			
Belgien	18	6	14	25
Bundesrepublik Deutschland	11	5,5		
Dänemark	15	-		
Frankreich	20	7	17,6	33 $\frac{1}{3}$
Grossbritannien	8	-		
Italien	12	6	18	30
Luxemburg	10	5	2	
Niederlande	16	4		
Norwegen	20	-		
Oesterreich	16	8		
Schweden	17,65	-		

Verbesserung des BundeshaushaltesAuswirkung des Bundesbeschlusses vom 4. Oktober 1974 auf die Erträge 1)

in Mio Fr.

	<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1979</u>
I. Warenumsatzsteuer					
1. <u>Geltendes Recht ab 1. Januar 1974</u> ²⁾	3 775	4 090	4 395	4 700	5 060
4,4 / 6,6 %					
2. <u>Satzerhöhung ab 1. April 1975</u>	4 460	5 575	5 995	6 410	6 900
gemäss BB vom 10.1974					
6 / 9 %					
Mehrertrag gegenüber geltendem Recht	685	1 485	1 600	1 710	1 840
II. Wehrsteuer					
1. <u>Geltendes Recht ab 1. Januar 1973</u> ²⁾					
Tarif 110 %,					
Maximalsatz nat. Pers. 10,45 %	2 100	2 800	2 800	3 500	3 500
jur. Pers. 8,8 %					
Bund: 70 %	1 470	1 960	1 960	2 450	2 450
Kantone: 30 %	630	840	840	1 050	1 050
2. <u>Änderungen ab 1. Januar 1975</u>					
gemäss BB vom 10.1974					
Natürliche Personen					
- Maximalsatz 12,0 %	-	+ 45	+ 45	+ 55	+ 55
- Erhöhung der Sozialabzüge	-	- 55	- 55	- 70	- 70
Juristische Personen					
- Tarif 3,3 / 4,4 / 4,4 % (statt 3,3 / 3,3 / 4,4 %), Maximalsatz 10,0 %	-	+ 130	+ 130	+ 165	+ 165
Bruttoertrag	2 100	2 920	2 920	3 650	3 650
Bund: 70 %	1 470	2 045	2 045	2 555	2 555
Kantone: 30 %	630	875	875	1 095	1 095
Mehrertrag gegenüber geltendem Recht					
Brutto	-	+ 120	+ 120	+ 150	+ 150
Bund	-	+ 85	+ 85	+ 105	+ 105
Kantone	-	+ 35	+ 35	+ 45	+ 45
III. Mehrertrag total					
Brutto Warenumsatzsteuer	+ 685	+1 485	+1 600	+1 710	+1 840
Wehrsteuer	-	+ 120	+ 120	+ 150	+ 150
	<u>+ 685</u>	<u>+1 605</u>	<u>+1 720</u>	<u>+1 860</u>	<u>+1 990</u>
Bund Warenumsatzsteuer	+ 685	+1 485	+1 600	+1 710	+1 840
Wehrsteuer	-	+ 85	+ 85	+ 105	+ 105
	<u>+ 685</u>	<u>+1 570</u>	<u>+1 685</u>	<u>+1 815</u>	<u>+1 945</u>

1) Ohne Berücksichtigung der Postnumerandobesteuerung der juristischen Personen ab 1.1.1977

2) BG vom 21. März 1973

Verbesserung des BundeshaushaltesBundesbeschluss vom 4. Oktober 1974Wehrsteuer natürlicher Personen. Sozialabzüge

	1971	Geltendes Recht (BG vom 21. März 1973)	BB vom 4.10.1974
<u>Sozialabzüge</u>	Fr.	Fr.	Fr.
Abzug für Verheiratete	2 000.-	2 500.-	3 000.-
Abzug je Kind	1 000.-	1 200.-	1 500.-
Abzug für Versicherungsprämien und (ab 1973) für Zinsen auf Sparkapitalien	500.-	2 000.-	2 000.-
Abzug vom Erwerbseinkommen der Ehefrau	-	2 000.-	2 400.-

Verbesserung des Bundeshaushaltes

Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1974

Wehrsteuer der natürlichen Personen: Belastungsvergleiche für einen Verheirateten ohne Kinder

Einkommen 1)	Ohne Erwerbseinkommen der Ehefrau				Mit Erwerbseinkommen der Ehefrau			
	Geltendes Recht 2)		BB vom 4. 10. 1974 2)		Geltendes Recht 3)		BB vom 4. 10. 1974 3)	
	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%
	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1 3600	22. —	0,16	—	—	—	—	—	—
1 4200	27.50	0,19	22. —	0,15	—	—	—	—
1 5800	44. —	0,28	38.50	0,24	22. —	0,14	—	—
1 6800	53.90	0,32	48.40	0,29	31.90	0,19	22. —	0,13
2 0000	85.80	0,43	80.30	0,40	63.80	0,32	53.90	0,27
2 5000	140.80	0,56	135.30	0,54	118.80	0,48	108.90	0,44
3 0000	272.80	0,91	256.30	0,85	206.80	0,69	177.10	0,59
4 0000	602.80	1,51	586.30	1,47	536.80	1,34	507.10	1,27
5 0000	1 163.80	2,33	1 130.80	2,26	1 031.80	2,06	972.40	1,94
6 0000	1 834.80	3,06	1 790.80	2,98	1 691.80	2,82	1 632.40	2,72
7 0000	2 714.80	3,88	2 670.80	3,82	2 538.80	3,63	2 459.60	3,51
8 0000	3 682.80	4,60	3 627.80	4,53	3 462.80	4,33	3 363.80	4,20
9 0000	4 782.80	5,31	4 727.80	5,25	4 562.80	5,07	4 463.80	4,96
1 00000	5 926.80	5,93	5 860.80	5,86	5 662.80	5,66	5 563.80	5,56
1 50000	12 526.80	8,35	12 460.80	8,31	12 262.80	8,18	12 144. —	8,10
2 00000	19 126.80	9,56	19 060.80	9,53	18 862.80	9,43	18 744. —	9,37
2 50000	25 654.75	10,26	25 600.80	10,26	25 445.75	10,18	25 344. —	10,14
3 00000	30 879.75	10,29	32 260.80	10,75	30 670.75	10,22	31 944. —	10,65
4 00000	41 329.75	10,33	45 460.80	11,37	41 120.75	10,28	45 144. —	11,29
5 00000	51 779.75	10,36	58 660.80	11,73	51 570.75	10,31	58 344. —	11,67
1 000000	104 029.75	10,40	119 400. —	11,94	103 820.75	10,38	119 112. —	11,91

1) Einkommen nach Abzug der AHV-Beiträge und der Abzüge für Berufsauslagen, aber vor Vornahme der Abzüge für Verheiratete, Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien sowie vom Erwerbseinkommen der Ehefrau.

2) Berücksichtigte Abzüge: Abzug für Verheiratete und Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien.

3) Berücksichtigte Abzüge: Abzug für Verheiratete, Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien sowie Abzug vom Erwerbseinkommen der Ehefrau.

Verbesserung des Bundeshaushaltes

Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1974

Wehrsteuer der natürlichen Personen: Belastungsvergleiche für einen Verheirateten mit 2 Kindern

Einkommen 1)	Ohne Erwerbseinkommen der Ehefrau				Mit Erwerbseinkommen der Ehefrau			
	Geltendes Recht 2)		BB vom 4. 10. 1974 2)		Geltendes Recht 3)		BB vom 4. 10. 1974 3)	
	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%	Fr.	%
16300	22.-	0,14	—	—	—	—	—	—
17500	34,10	0,19	22.-	0,13	—	—	—	—
18500	44.-	0,24	31,90	0,17	22.-	0,12	—	—
20000	59,40	0,30	47,30	0,24	37,40	0,19	—	—
20100	60,50	0,30	48,40	0,24	38,50	0,19	22.-	0,11
25000	114,40	0,46	102,30	0,41	92,40	0,37	75,90	0,30
30000	193,60	0,65	157,30	0,52	147,40	0,49	130,90	0,44
40000	523,60	1,31	487,30	1,22	457,60	1,14	408,10	1,02
50000	1005,40	2,01	932,80	1,87	873,40	1,75	774,40	1,55
60000	1665,40	2,78	1592,80	2,65	1533,40	2,56	1434,40	2,39
70000	2503,60	3,58	2406,80	3,44	2327,60	3,33	2195,60	3,14
80000	3418,80	4,27	3297,80	4,12	3207,60	4,01	3075,60	3,84
90000	4518,80	5,02	4397,80	4,89	4298,80	4,78	4133,80	4,59
100000	5618,80	5,62	5497,80	5,50	5398,80	5,40	5233,80	5,23
150000	12210.-	8,14	12064,80	8,04	11946.-	7,96	11748.-	7,83
200000	18810.-	9,40	18664,80	9,33	18546.-	9,27	18348.-	9,17
250000	25403,95	10,16	25264,80	10,11	25146.-	10,06	24948.-	9,98
300000	30628,95	10,21	31864,80	10,62	30419,95	10,14	31548.-	10,52
400000	41078,95	10,27	45064,80	11,27	40869,95	10,22	44748.-	11,19
500000	51528,95	10,31	58264,80	11,65	51319,95	10,26	57948.-	11,59
1000000	103778,95	10,38	118040.-	11,90	103569,95	10,36	118752.-	11,88

1) Einkommen nach Abzug der AHV-Belträge und der Abzüge für Berufsauslagen, aber vor Vornahme der Abzüge für Verheiratete, Kinder, Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien sowie vom Erwerbseinkommen der Ehefrau.

2) Berücksichtigte Abzüge: Abzug für Verheiratete, Abzug für Kinder und Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien.

3) Berücksichtigte Abzüge: Abzug für Verheiratete, Abzug für Kinder, Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien sowie Abzug vom Erwerbseinkommen der Ehefrau.

Verbesserung des Bundeshaushaltes

Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1974

Wehrsteuer der juristischen Personen: Belastungsvergleiche für eine AG mit 1 Mio Franken Kapital

Rendite %	Steuerbarer Ertrag Fr.	Wehrsteuer vom Reinertrag						Wehrsteuer vom Ka- pital gemäss gel- tendem Recht und BB vom 4. 10. 1974 Fr.
		Geltendes Recht		Entwurf		BB vom 4. 10. 1974		
		Fr.	% 1)	Fr.	% 1)	Fr.	% 1)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	10 000	330.-	3,30	330.-	3,30	330.-	3,30	825.-
2	20 000	660.-	3,30	660.-	3,30	660.-	3,30	825.-
3	30 000	990.-	3,30	990.-	3,30	990.-	3,30	825.-
4	40 000	1 320.-	3,30	1 320.-	3,30	1 320.-	3,30	825.-
5	50 000	1 980.-	3,96	2 090.-	4,18	2 090.-	4,18	825.-
6	60 000	2 640.-	4,40	2 860.-	4,77	2 860.-	4,77	825.-
7	70 000	3 300.-	4,71	3 630.-	5,19	3 630.-	5,19	825.-
8	80 000	3 960.-	4,95	4 400.-	5,50	4 400.-	5,50	825.-
9	90 000	5 060.-	5,62	5 610.-	6,23	5 610.-	6,23	825.-
10	100 000	6 160.-	6,16	6 820.-	6,82	6 820.-	6,82	825.-
12	120 000	8 360.-	6,97	9 240.-	7,70	9 240.-	7,70	825.-
14	140 000	10 560.-	7,54	11 660.-	8,33	11 660.-	8,33	825.-
16	160 000	12 760.-	7,98	14 080.-	8,80	14 080.-	8,80	825.-
17,04	170 400	13 904.-	8,16	15 336.-	9,00			825.-
18	180 000	14 960.-	8,31	16 200.-	9,00	16 500.-	9,17	825.-
20	200 000	17 160.-	8,58	18 000.-	9,00	18 920.-	9,46	825.-
22	220 000	19 360.-	8,80	19 800.-	9,00	21 340.-	9,70	825.-
25	250 000	22 000.-	8,80	22 500.-	9,00	24 970.-	9,99	825.-
25,15	251 500	22 132.-	8,80	22 635.-	9,00	25 150.-	10,00	825.-
30	300 000	26 400.-	8,80	27 000.-	9,00	30 000.-	10,00	825.-
40	400 000	35 200.-	8,80	36 000.-	9,00	40 000.-	10,00	825.-
50	500 000	44 000.-	8,80	45 000.-	9,00	50 000.-	10,00	825.-
100	1 000 000	88 000.-	8,80	90 000.-	9,00	100 000.-	10,00	825.-

1) In Prozent des steuerbaren Ertrages.

Uebergang zur Postnumerandobesteuerung ab 1.1.77
mit Differenzsteuer

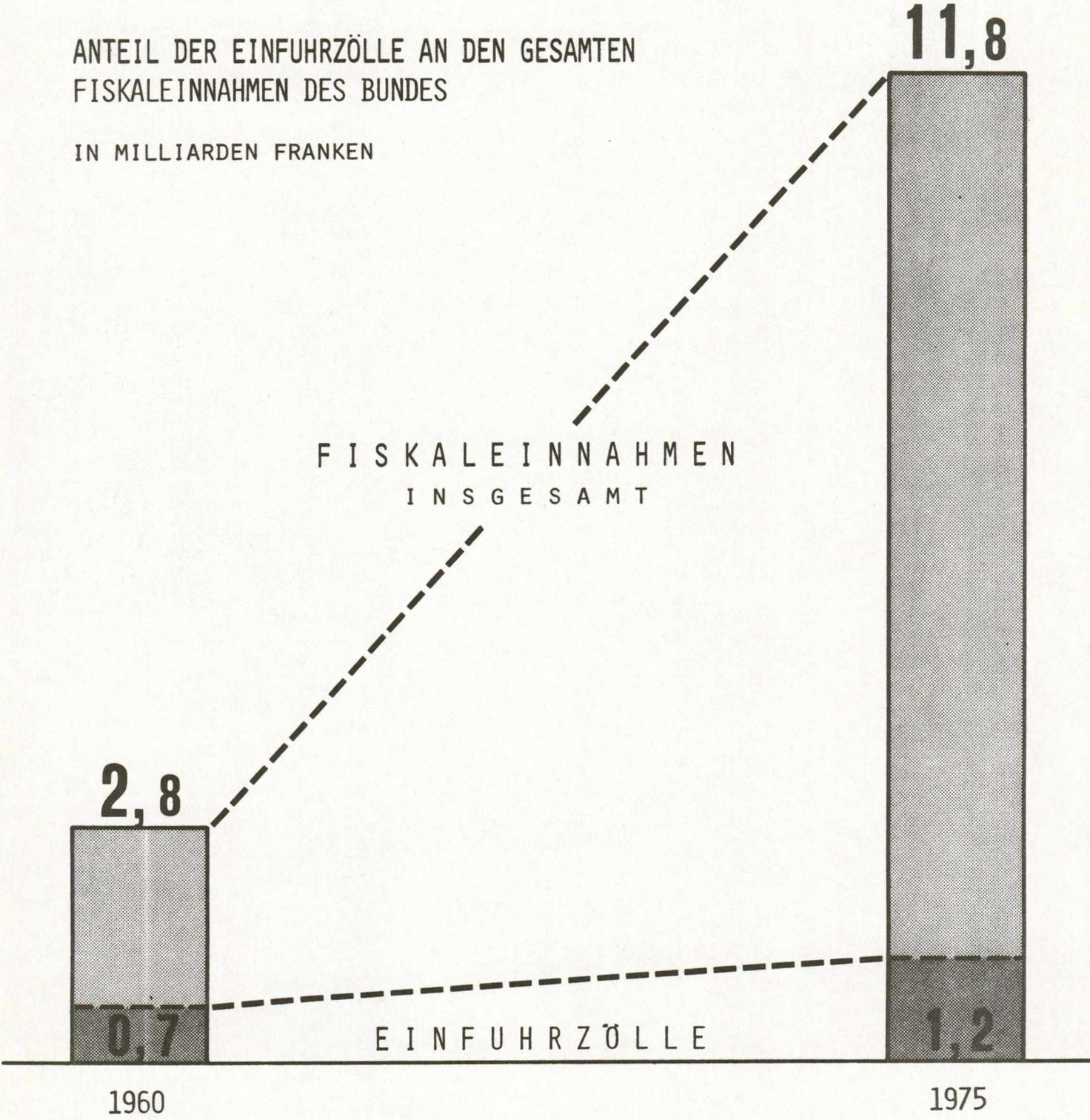
a. Schematische Darstellung

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Pränumerando	Bemessungsjahre		* Steuerjahre	77 Bezug 78				
			Bemessungsjahre		*			
Uebergang			Steuerjahre		Bezug Diff. zu 77/ 78			
					Bemessungsjahr	*		
Postnumerando					Steuerjahr	Bezug		
						Bemessungsjahr	*	
						Steuerjahr	Bezug	

* Abgabe der Steuererklärung

ANTEIL DER EINFUHRZÖLLE AN DEN GESAMTEN
FISKALEINNAHMEN DES BUNDES

IN MILLIARDEN FRANKEN



Liste weiterer Dokumentationen

(Bezugsquelle: Sekretariat oder direkt bei EDMZ)

1. Botschaft des BR über die Beschaffung weiterer Einnahmen (vom 29. August 1974).
2. Budgetbotschaft 1975
3. Oeffentliche Finanzen der Schweiz 1975. Vademecum, herausgegeben vom Eidg. Finanz- und Zolldepartement